

# Gastronomen haben Rechnung ohne den Wirt gemacht

Wirtschaft in Lippe: Erst hat die Soforthilfe gut gewirkt, doch jetzt erst liefert das Land das Kleingedruckte nach. Darüber echauffert sich neben den Gastronomen auch Unternehmensberater Jörg Schwichtenberg.

**Kreis Lippe** (an). Unbürokratisch, einfach, schnell: Als beim Ausbruch der Corona-Pandemie die Soforthilfe an den Start ging, da machte sich auch in Lippe zunächst einmal Erleichterung breit. Doch die hielt nicht an, denn plötzlich ist alles anders. Jetzt läuft die Branche Sturm gegen die Rückforderungen, die den Gastronomen ins Haus geflattert sind. Und Unternehmensberater Jörg Schwichtenberg aus Dörentrup hat einen gut zweiseitigen Protestbrief nach Berlin geschickt.

Holger Lemke, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes in Lippe, bringt es auf den Punkt: „Das Kleingedruckte hat man leider erst hinterher gedruckt. Noch widersprüchlicher geht es eigentlich gar nicht.“

Der Reihe nach: Als im März wegen der Corona-Pandemie von jetzt auf gleich sämtliche Einnahmen in der Gastronomie wegbrachen, konnten die Gastronomen und Hoteliers Soforthilfe beantragen: Bis Mai konnten sie wie viele andere kleinere Betriebe 9000 Euro erhalten – 3000 pro Monat.

Schon das hatte seine Tücken, denn für den persönlichen Lebensunterhalt durfte dieses Geld nicht verwendet werden, sondern ausschließlich für Betriebskosten. Aber betriebe nicht für alle, wie die Betriebe jetzt feststellen müssen. „Wir durften davon keine Sozialversicherungs- oder



*Ein Herz für die Gastronomie: Mit diesem Helmbau aus Stühlen verschiedener Betriebe hatten lippische Gastronomen im Mai auf ihre Probleme aufmerksam gemacht. Juri Helm vom Café Verve hatte den Aufbau mitorganisiert. Da konnten er und seine Kollegen noch nicht wissen, dass auch die Soforthilfe ihnen Schwierigkeiten bereiten würde.*

ARCHIVFOTO: YVONNE GLANDIEN

Krankenkassenbeiträge bestreiten.“

Um dem Personal das Kurzarbeitergeld bezahlen zu können, hätten Betriebe Kredite aufnehmen müssen, weil sie das Geld vorstrecken mussten, sagt Lemke. „Das war bei uns schon eine fünfstellende Summe“, sagt er mit Blick auf den eigenen Betrieb. Dass die Geschäftsinhaber sich selbst bei den Betriebskosten kein Unternehmehrgeld anrechnen dürfen, versteht er ebenfalls nicht.

Nicht nur er ist fassungslos: „Die Kollegen sind alle stocksauer.“

Wer seine Gastronomie im Eigentum betreibt, hat es besser als Pächter: Denn wenn es in seinem Pachtbetrieb gelungen war, mit seinem Vermieter zu verhandeln, damit die Pacht gestundet wurde, der hat jetzt das Nachsehen: „Es darf nur das von der Soforthilfe bezahlt werden, was sofort abgeflossen ist.“ Will sagen: Wer eine Stundung beispielsweise

bis September vereinbart hat, kann aus der Soforthilfe die Pacht für März, April und Mai nicht bestreiten beziehungsweise muss sie zurückzahlen. Dabei ist ihm die Pacht ja nicht erlassen: Auch die muss er noch aufbringen, obwohl die Betriebe in den meisten Fällen wegen der Hygieneregeln noch gar nicht wieder hundert Prozent ihres vorherigen Umsatzes schaffen.

Es kommt noch schlimmer, sagt Unternehmensberater

Jörg Schwichtenberg: „Diejenigen, die sich etwa mit einem Lieferservice über Wasser gehalten haben, um wenigstens ein wenig Umsatz zu generieren, müssen auch den von der Soforthilfe abziehen.“

Von all diesen Fallstricken hätten die Betroffenen erst erfahren, als ihnen vor wenigen Wochen ein Fragebogen ins Haus flatterte, in dem sie ihre genauen betrieblichen Kosten angeben müssen. Im Grunde würden jetzt all die bestraft, die versucht hätten, während der ersten Monate noch irgendetwas zu reißen.

„Ich schätze, dass 80 bis 85 Prozent meiner Kunden ihre Soforthilfe komplett zurückzahlen müssten“, meint Schwichtenberg. Das bringt ihn zu einem vernichtenden Urteil: „Herr Scholz hat verkündet, dass die Hilfspakete die Wirtschaft mit ‚Wumms aus der Krise‘ führen sollen. Wenn es aber so weitergeht, wird es für viele kleine und mittlere Unternehmen der ‚Bumms vor die Wand‘ werden.“

Und mit der aktuell ausgelobten Überbrückungshilfe habe der Bund ein weiteres bürokratisches Monster geschaffen, bei dem allein der Antrag für einen Steuerberater vier bis sechs Stunden in Anspruch nähme. Antwort aus Berlin habe er noch nicht bekommen.

In Sachen Soforthilfe, die ja alle Branchen betrifft, ist nicht das letzte Wort gesprochen.

**Bericht rechts**